

Weirauch,

Peter

Jahrgang

bis

vom

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr. 3224

~~1AR(RSHA) 303/65~~



Günther Nickel
Berlin SO 35

Pw 43

1/3.

Beizakten:

37 (K) Js B. 62

geb. Gem. Ofg. vom 16.2.65

- 9. März 1965

lee

W e i r a u c h
(Name)

Peter
(Vorname)

7.8.08 Köln-Deutz
(Geburtsdatum)

Aufenthaltsermittlungen:

1. Allgemeine Listen

Enthalten in Liste W 1 unter Ziffer 46

Ergebnis negativ - verstorben - wohnt ... 1944 in
(Jahr)

Bunzlau, Markt 19

Lt. Mitteilung von SK, ZSt, WAST, BfA.

2. Gezielte Ersuchen (Erläuterungen umseitig vermerken)

a) am: an: Antwort eingegangen:

b) am: an: Antwort eingegangen:

c) am: an: Antwort eingegangen:

3. Endgültiges Ergebnis:

a) Gesuchte Person wohnt lt. Aufenthaltsnachweis SK. Hessen
vom ... 18.3.64 in,
.....
.....
.....
Frankfurt/M., Seehofstr.15

b) Gesuchte Person ist lt. Mitteilung
vom verstorben am:
in
Az.:

c) Gesuchte Person konnte nicht ermittelt werden.

Berlin Document Center,
U.S. Mission Berlin
APO 742, U.S. Forces

Date: 28.10.63

T-URGENT

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name: Peter Weirauch
Place of birth: Köln - Deutz
Date of birth: 7.8.08
Occupation:
Present address:
Other information:

1214804

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

(Telephone No.)

(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	—	—	7. SA	—	—	13. NS-Lehrerbund	—	—
2. Applications	—	—	8. OPG	—	—	14. Reichsaerztekammer	—	—
3. PK	—	—	9. RWA	—	—	15. Party Census	—	—
4. SS Officers	✓	—	10. EWZ	—	—	16.	—	—
5. RUSHA	✓	—	11. Kulturkammer	—	—	17.	—	—
6. Other SS Records	—	—	12. Volksgerichtshof	—	—	18.	—	—

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

Tel.Buch RSHA 1942/43: H'Stuf., VI C 4, Berkaer Straße 32

1) Unterlagen ungew. - f. stabsorg. ungew. -

2) Anfrage Pol. I v. 21. 4. 61

3) Bef. BR-SD 13/44, 19/44 u. 33/42 (RSHM)

Vw 6/12.63

Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Rueckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

Freikorps: von bis

Stahlhelm:

Jungdo:

hJ:

SA:

SA-Ref.:

NSAA:

NSF:

Odenaburgen:

Arbeitsdienst:

Alte Armee:

Front:

Dienstgrad:

Gefangenschaft:

Oden und Ehrenzeichen:
Kr v Kr II. Kz, ohne Schwer. (92)

Verw.-Abzeichen:

Kriegsbeschädigt %:

Auslandstätigkeit:

Deutsche Kolonien:

Besond. sportl. Leistungen:

//-Schulen: von bis

Tölg

Braunschweig

Berne

Farf

Bernau:

Dachau:

Reichswehr:

Polizei:

Dienstgrad:

Reichsheer:

Dienstgrad:

Aufmärsche:

Sonstiges:

4

R. u. S.-Fragebogen

(Von Frauen sinngemäß auszufüllen)

Name und Vorname des Angehörigen, der für sich oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht:

Tele. Weirauch

Dienstgrad: 44-H'Stuf. #Nr. 223168

Sip. Nr. 324337 5

Name (leserlich schreiben):

Tele. Weirauch (Weirauch)

in # seit 1.2.1939 Dienstgrad: 44-H'Stuf. #-Einheit: RSHA

in SA von _____ bis _____, in HJ von _____ bis _____

Mitglieds-Nummer in Partei: 2 093 566 #Nr.: 223168

geb. am 7.9.08 zu Köln Kreis: Köln

Land: Weimarer Republik jetzt Alter: 34 Glaubensbekenntnis: epl.

Jetziger Wohnsitz: Rhe-Straßenpostamt Wohnung: Hilgertstr. 13/II

Beruf und Berufsstellung: Referent in RSHA, Chef II (Reg.-Kob)

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? nein

Liegt Berufswechsel vor? ja würde für sich die volle Verantwortung übernehmen

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungsscheine (z. B. Führerschein, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):

1. Sportabzeichen in Bronze

Staatsangehörigkeit: F. R.

Ehrenamtliche Tätigkeit:

Dienst im alten Heer: Truppe	von	bis
Freikorps	von	bis
Reichswehr	von	bis
Schutzpolizei	von	bis
Neue Wehrmacht	von	bis

Letzter Dienstgrad:

Frontkämpfer: _____ bis _____; verwundet: _____

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaille: Kriegsverdienstkreuz II Kl.

Personenstand (ledig, verwitwet, geschieden - seit wann): ledig

Welcher Konfession ist der Antragsteller? epl. die zukünftige Braut (Ehefrau)? epl.
(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekenntnis angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja - nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja - nein.

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form?

Ist Ehestands-Darlehen beantragt worden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)?

Wann wurde der Antrag gestellt?

Wurde das Ehestands-Darlehen bewilligt? Ja - nein.

Soll das Ehestands-Darlehen beantragt werden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)?

Hefttrand

Lebenslauf:

(Ausführlich und eigenhändig mit Tinte geschrieben.)

Am 7. 8. 1908 wurde ich als erstes Sohn des
Lehrers Franz Kasper, hier und meine Ehefrau
Bertha geb. Pütz in Köln-Külsch geboren. Von Oktober
1914 bis Oktober 1919 besuchte ich die Volksschule
und anschließend die Realgymnasien in Köln-
Külsch. Nach bestandener Reifeprüfung begann ich im
Sommersemester 1928 mit dem Studium der Rechts-
und Staatswissenschaften an der Universität Köln.
Das ich mit der ersten juristischen Prüfung am Ober-
landesgericht in Köln am 3. 11. 1932 abschloß. Die
zweite Staatsprüfung bestanden am 6. 10. 1936 am Ober-
landesgericht in Düsseldorf. Am 20. 3. 1934 wurde
ich Hauptamtsrat im Sondertribunal des Rf 44 tätig.
Zum Reg.-Rat. wurde ich am 18. 4. 1941 und zum
Reg.-Rat. am 15. 5. 1942 ernannt. Für jetzt bin ich
Vater des Referats II C 4-11 im RSHA, Post II.

Am 1. 5. 1933 trat ich in die NSDAP ein und in
die Schutzstaffel ein.

7



Raum zum Aufkleben der Lichtbilder.



Heffrad

(Dienststellenstempel)

..... P o s e n , den 14. Oktober 1940

An das

Reichssicherheitshauptamt
- I C (b) 3 -

Betreff:

Beförderungsvorschlag

..... B e r l i n

- Anlagen: 1. Stammkarten-Abschrift
 2. Personalbericht und Beurteilung
 3. Selbstgeschriebener Lebenslauf
 4. Durchschlag der Beförderung zum Hauptsturmführer
 5. Vorschlagsprotokoll
 6. Zwei Lichtbilder

über

Inspekteur der Sicherheits-
polizei und des SD

P o s e n

Ich bitte, die Beförderung des 44-Untersturmführers Peter Weirauch

z. St. Hilfsreferent VI beim SD-Leitabschnitt Posen zum
44-Nr. 223 168, letzte Beförderung 20.4.40

44-Obersturmführer

erwirken zu wollen. - Hauptamtlich tätig, Planstelle 44-II'stuf.-

Ich erbitte gleichzeitig

Ernennung zum Führer

Beauftragung mit der Führung

Beauftragung m. d. W. d. G.

Privatanschrift: Peter Weirauch, Posen, Martinstr. 25 Wohnung 5

[Handwritten Signature]
44-Hauptsturmführer.

..... P o s e n , den 14. Oktober 1940

Anmerkung: 1. Originalzeugnisse und Ausweise sind nicht mit einzureichen.
 2. Deutliche Schrift, möglichst Schreibmaschine.
 3. Die Anlagen 1, 3, 4, 5 und 6 sind nur bei Beförderung zum Sturmführer nötig.
 4. Für etwaige zur Beförderung notwendig ersetzte Begründung und Weitergabevermerke ist die Rückseite zu benutzen.

Reichssicherheitshauptamt
I A 5 a Azl 1047

Berlin, den

10

Gruppenleiter: 44-O'Stubaf. vom Felde
Referent: 44-Sturmabführer Schwinge
H'Referent: 44-Sturmabführer KutterBetr.: Beförderung des 44-Hauptsturmführers Peter Weirauch,
44-Nr. 223 168, zum 44-Sturmabführer.I. Vermerk: Das Amt VI im RSHA bittet um Beförderung des 44-Haupt-
sturmführers Weirauch zum 44-Sturmabführer mit Wirkung
vom 30.1.1944

Pg. seit: 1.5.33 Pg-Nr.: 2 093 566

44 seit: 9.3.34 44 -Nr.: 223 168

Sportabzeichen: SA-Wehrabzeichen

Alter: 35 Jahre - ggl. verh.s. 27.6.43

Alter der Ehefrau: 24 Jahre - Kinder: Noch keine.

Wehrverhältnis: Ungedient, uk-gestellt für Sipo.

Sipo. Einsatz: Nein

Auszeichnungen: Keine

Letzte Beförderung: 11.6.1941

Dienststellung: Reg.-Rat seit 15.5.42 im RSHA - Amt VI

Schulbildung: Realgymnasium mit Reife, Studium der Staats-
u. Rechts-Wissenschaften.

44-Hauptsturmführer Weirauch wurde 1932 zum Referendar,
1936 zum Assessor und 1942 zum Regierungsrat ernannt.
Nach bestandenem Examen war er zunächst 3 Monate bei einem
Rechtsanwalt und Notar tätig. Anschliessend trat W. in
den hauptamtlichen Dienst des SD/RF44 und war vorwiegend
in der Abwehr tätig. Z.Zt. wird er im Rahmen der Aufga-
bengebiete des Amtes VI u.a. auch mit verschiedenen Son-
deraufträgen betraut.

Die rein arbeitsmässigen Leistungen werden als "gut" be-
zeichnet. W. hat sich bewährt und die ihm übertragenen
Aufgaben zur Zufriedenheit gelöst.

Ein bereits 1942 vorgelegter Vorschlag zur Beförderung W:s
zum 44-Sturmabführer hat RF44 abgelehnt, da W. s.zt. noch
ledig war. Er hat aber inzwischen geheiratet. Die Bestim-
mungen der Beförderungsrichtlinien vom 15.11.1942 sind

erfüllt.

erfüllt.

Es wird vorgeschlagen, 44-Hauptsturmführer Weirauch mit Wirkung vom 30.1.1944 zum 44-Sturmbannführer zu befördern, obwohl er bisher noch nicht gedient hat. Seine Freigabe zur Wehrmacht konnte nicht erfolgen, weil W. durch seine frühere abwehrmässige Tätigkeit im Westen unentbehrlich war. Auch heute kann seine Freigabe wegen des grossen Personalmangels bei der Sicherheitspolizei und dem SD nicht erfolgen.

- II. Vorlage C mit der Bitte um Befürwortung.
- III. An das 44-Personalhauptamt zwecks weiterer Veranlassung.
- IV. Zurück an das RSHA - I A 5 - .
- V. Wv. bei I A 5 a.

I.V.

I A	
I A 5	I A 5 a
	Ku/Gor.-

Peter Weirauch
Sturmbannführer
W-Nr. 223 168

12
Berlin-Schmargendorf, den 5. 4. 1944
Berkaer Str. 32/35

An das
W-Personalhauptamt
Berlin-Charlottenburg 4
Wilmsdorfer Str. 98/99

Betr.: Meldung von Anschriften.

Bezug: Runderlaß des RSHA vom 16.3.44 - LA 5 d Az. SA 1-

Meine Heimatanschrift lautet:

Peter Weirauch
Bunzlau / Schlesien
Markt 19.

Vfg.

1) Vermerk:

W e i r a u c h wird in den Tel.-Verzeichnissen des RSHA von 1942 + 1943 als Angehöriger von VI C 4 (Russisch-japanisches Einflußgebiet) benannt.

In dem Verfahren 3 P (K) Js 8/62 ist er vernommen worden.

Nach ^{seiner} dortigen Angaben ~~gehörte~~ ^{er} Weirauch VI C 3 (Ferner Osten) ^{angehört} ^{haben.}

Ein Spruchkammerverfahren = D Lg 3513/47 Hessisches Staatsarchiv Wiesbaden = war gegen Weirauch, anhängig.

✓ 1a) ^{Wegen 3 P (K) p 8/62 beifügen}

✓ 2) Spruchkammerakten = D Lg 3513/47 = bei dem Hess. Staatsarchiv Wiesbaden erfordern.

3) Frist: 1. III. 1965

B., den 5. Febr. 1965

zu 1a) H. beigef.

2) H. erf.

- 8. Febr. 1965

lee

HESSISCHES
HAUPTSTAATSARCHIV

Tgb. Nr. 641/65/Str.

Wiesbaden, Mainzer Straße 80
Fernsprecher 5881 App. 395
den 11.2.1965

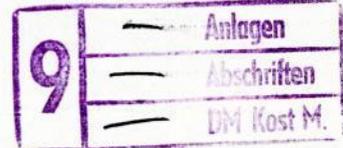
14

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
1 Berlin 21
Turmstraße 91



Betr.: Spruchkammerakten D.Ig. 3512/47 betr. Peter Weirauch,
geb. am 7.8.1908

Bezug: Ihr Schreiben vom 8.2.1965 - Az.: 1 AR (RSA) 303/65 -



Die Spruchkammerakten des Obengenannten wurden im April 1949 an den Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, Mühlenstraße 34 zu Aktenzeichen So.E.Reg. Nr. A/8628 zw. Durchführung des Berufungsverfahrens und zum dortigen Verbleib abgegeben.

Nachdem Herr Weirauch nach Düsseldorf-Heerdt, Benediktusstr. 43 verzogen war, war somit die Zuständigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen gegeben.

I.A. *mm*
(Strott)

✓ 1) Bitte aus den beigefügten Akten 3 P (K) p 8/62
je eine Xerox - Kopie machen

M 37 - 40

M 89 - 94

M 116, 116A

2) Akten 3 P (K) p 8/62 trennen

3) Akten wieder zusammen

16. FEB. 1985

12

Zu 2) B.F. gek. 9. März 1985

lee

Verantwortliche Vernehmung

Auf Vorladung - vorgeladert*) - erscheint

beim Polizeipräsidium in Frankfurt a. Main

und erklärt zur Wahrheit ermahnt:

1. Zur Person:

1. a) Familienname, auch Beinamen bei Frauen auch Geburtsname	W e i r a u c h <i>15/3.72</i>
b) Vorname (Rufname unterstreichen)	Peter
2. a) Beruf Über des Berufsverhältnis ist anzugeben, - ob Inhaber, Handwerksmeister, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw. - bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes - - bei Minderjährigen ohne Beruf der der Eltern - - bei Beamten und staatlichen Angestellten die genaueste Anschrift der Dienststelle - - bei Studierenden die Anschrift der Hochschule u. das belegte Lehrfach - bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. pp.) wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde. -	Jurist, z.Z. als Leiter des Schadensbüros der DAS, Ffm., Goethe Str. 4 - 8, tätig. (hinsichtlich des akad. Grades wird auf umseitigen Erläuterungen im Lebenslauf hingewiesen)
b) Einkommensverhältnisse	1200,00 DM brutto monatlich
c) Erwerbslos	nein
3. Geboren:	am 7. 8. 1908 in Köln Kreis Köln Landgerichtsbez. Köln Land NRW
4. Wohnung:	in < Frankfurt am Main > Kreis Ffm. Land Hessen Straße < Seehofstraße Nr. 15 >
5. Staatsangehörigkeit	deutsch
6. a) Familienstand (ledig - verheiratet - verwitwet - lebt getrennt - geschieden)	verheiratet
b) Vor- und Familienname des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname)	Liselotte Anna Maria, geborene Schiffer
c) Wohnung des Ehegatten	-wie zu 4.-
7. Kinder	ehel. a) Anz. 1 b) Alter 17 Jahre unehel. a) Anz. ././ b) Alter ././
8. a) des Vaters Vor- und Zuname Beruf, Wohnung	Kaspar Franz Kurt Weirauch Kontrollleur, wohnh. zuletzt Oden- /thal, bei Köln, verst.
b) der Mutter Vor- und Geburtsname Beruf, Wohnung	/19.7.54 in Gladbach.
c) des Vormundes oder Pflegers Vor- und Zuname Beruf, Wohnung	zu b) Gertrud, geborene Petri o.B., zuletzt wohnh. wie zu a) verst. 16.3.1956 in Odenthal.
9. Ausweise (Bundespersonalausweis, Reisepaß, Führerschein, Wandergewerbeschein, Legitimationskarte, Jagd- schein, Schiffer- oder Lotsenpatent, Rentenbescheid, Versorgungsbehörde, sonstige Ausweise)	Art des Ausweises, Ausstellungsbehörde, Ausstellungs- datum, Nummer des Ausweises: Bundespersonalausweis Nr. 120789, ausgest. am 9. (Datum nicht leserlich) von Stadtverwaltung Düsseldorf

- 10. a) Als Schöffe oder Geschworener ausgelost oder gewählt?
- b) Werden Vormundschaften oder Pflegschaften geführt?
Über wen?
Gericht?

.....nein.....
nein.....
entfällt.....
entfällt.....

11. Vorstrafen:angeblich keine.....

2. Zur Sache

Noch zur Person:

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir bekanntgegeben.
 Es ist mir bei der Belehrung erörtert worden, daß bei der Staatsanwaltschaft in Berlin u.a. ein Ermittlungsverfahren gegen den Besprechungsteilnehmer an der sogenannten Wannseekonferenz mit dem gleichen Namen anhängig ist. Ich darf eingangs darauf hinweisen, daß ich niemals die Dienstbezeichnung "Landesoberverwaltungsrat" geführt habe und auch nicht in der Regierung des Generalgouvernements eingesetzt war. Zum Zeitpunkt der erwähnten Konferenz gehörte ich zwar dem RSHA - Amt VI (Auslandsnachrichtendienst) / Ref. VI C 3 (Ferner Osten) - an, hatte jedoch mit den Maßnahmen zur sogenannten Endlösung der Judenfrage nichts zu tun und war auch niemals Leiter der Abt. Bevölkerungswesen und Fürsorge. Im GG, insbesondere in Krakau, bin ich nie gewesen.
 Bevor zur Sache selbst Stellung genommen wird, möchte ich mit allem Nachdruck glaubhaft versichern, daß ich nicht mit dem Beschuldigten identisch bin. Mir ist erinnerlich, daß beim RSHA in Berlin ein Beamter gleichen Namens tätig gewesen sein soll. Ich kann heute nicht sagen, ob dieser Beamte Landesoberverwaltungsrat gewesen ist.
 Die mir vorgelegten DC-Unterlagen (Fotokopien) sind, soweit sie meine Person betreffen, richtig. Ich werde versuchen, den hier vorliegenden Identitätsirrtum aufklären zu helfen. Ich bedaure, in Anbetracht der schwerwiegenden Beschuldigung keine Unterlagen, insbesondere Urkunden über meinen damaligen Einsatz bzw. Tätigkeit vorzeigen zu können.
 Es bleibt mir nur die eine Möglichkeit, durch Benennung von Zeugen den Nachweis zu erbringen, daß ich nicht mit dem Beschuldigten identisch bin. Als solche benenne ich:

1. Kurt S c h u b a c k , heute noch in Memmingen/Allgäu wohnhaft. Seine Straßenanschrift ist mir nicht gegenwärtig.
2. Otto H e y e r , heute wohnhaft in Bielefeld, Hohe Bleiche 12 oder 14.
3. Jörn L e o , soll heute Geschäftsführer einer Kohlenhandlung in Göttingen sein.
4. Reg.-Rat und Kriminaldirektor S c h m i t z , wohnt in Düsseldorf, Ecke Klever-Fischerstraße.

Von weiteren ehemaligen Angehörigen des Amtes VI sind mir die jeweiligen Aufenthaltsorte nicht bekannt.

S c h u b a c k war Referent VI C 2 (Vorderer Orient).
H e y e r war zeitweise in meinem Referat und zeitweise in dem von Schuback tätig. L e o arbeitete in meinem Referat, betreute vor allen Dingen die Japaner und das Ostasieninstitut, und zwar zusammen mit Prof. Dr. Wilhelm C l a a s e n und Prof. Dr. Walter D o n a t . S c h m i t z war persönlicher Referent des Amtschefs VI Walter S c h e l l e n b e r g .

Die auf Blatt 16 d.BA. aufgeführten Besprechungsteilnehmer sind mir persönlich nicht bekannt. Erwähnen möchte ich noch, daß ich erst etwa sechs Wochen vor Kapitulation durch Dr. Wilhem H ö t t e l , jetzt wohnhaft Alt-Aussee/Österreich, erfahren habe, daß SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n Leiter des Judenreferats war. Mit H ö t t e l bin ich befreundet, habe aber heute keinen Kontakt mehr. Er ist aber in der Lage, meinen Werdegang und meine Dienstätigkeit beim RSHA zu bezeugen.

Zu meiner Person selbst und meinem Werdegang mache ich nachfolgende Angaben:

Nach bestandenen Asessorexamen am 6.10.1936 am Oberlandesgericht Düsseldorf wurde ich am 20.3.1937 hauptamtlich in das Amt VI des RFSS in Düsseldorf berufen, wo ich bis etwa Ende 1939 tätig war. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte meine Versetzung zum Amt VI im RSHA in Berlin. Von April 1940 bis Ende 1940 war ich VI-Referent in Posen. Anschließend war ich bis Anfang November 1944 ständig im Amt VI in Berlin als Ostasienreferent tätig. Nach diesem Zeitpunkt erfolgte meine Versetzung auf Wunsch des Amtschefs VI S c h e l l e n b e r g nach Wolf bei Ödenburg/Ungarn, wo ich bis zum Rückzug etwa im März 1945 tätig war. In Kirchberg/Tirol begab ich mich in amerikanische Kriegsgefangenschaft.

Nach der Gefangennahme war ich in folgenden Lagern: Bad Aiblingen, Freising, Oberursel und zuletzt im Internierungslager Darmstadt.

Am 28. Januar 1948 wurde ich aus der politischen Internierung entlassen. Zunächst habe ich in Büdesheim/Oberhessen Wohnung genommen, wo ich mit meiner Familie und Schwiegereltern zusammen lebte. Dort habe ich vorübergehend als Bauhilfsarbeiter gearbeitet. Berichtigungen muß ich, daß ich nicht in Büdesheim, sondern in Ffm. gearbeitet habe. Etwa Mitte des Jahres 1950 bin ich ohne Familie nach Düsseldorf zu meinem dort lebenden Bruder bzw. Eltern verzogen, um mir dort eine passende Stelle zu suchen. Ich bezeichne meinen damaligen Aufenthalt in Düsseldorf als besuchsweise, da ich dort nicht mit 2. Wohnsitz polizeilich gemeldet war und in gewissen "Zeitabständen" zur Familie nach Büdesheim zurückgefahren bin. Seit 9.4.1951 bin ich bei dem DAS (Deutsche Automobil Rechtsschutzversicherung) zunächst bis zum 31.12.1955 in Düsseldorf und seit 2.1.1956 in Frankfurt am Main tätig. Seit September 1957 bin ich Leiter des Schadenbüros in Ffm. Meine Familie zog am 16.5.1952 nach Düsseldorf und der Umzug nach Ffm. erfolgte am 30.12.1955.

Auf ausdrückliches Befragen erkläre ich, daß ich nach dem Kriege nicht unter falschen Personalien gelebt habe.

Entsprechend meinen Berufsdienstgraden erhielt ich die Angleichungsdienstgrade der Allgemeinen SS. So wurde ich am 20.4.1940 zum SS-Untersturmführer, am 9.11.1940 zum SS-Obersturmführer, im Juni 1941 zum SS-Hauptsturmführer und am 30.1.1944 zum SS-Sturmbannführer ernannt. Ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß ich zum Zeitpunkt der Wannseekonferenz ausweislich der Unterlagen SS-Hauptsturmführer war, während der Besprechungsteilnehmer **W e i r a u c h** Landesoberverwaltungsrat war und im Angleichungsdienstgrad Obersturmbannführer gewesen sein müßte. Nach meinem Dafürhalten dürfte sich aus diesem Umstand ergeben, daß ich nicht mit dem Besprechungsteilnehmer **W e i r a u c h** identisch bin.

Entnazifiziert wurde ich durch die Lagerspruchkammer Darmstadt und später im Berufungsverfahren durch die Berufungsspruchkammer Düsseldorf. Soweit ich mich erinnere, wurde ich im Berufungsverfahren in die Gruppe V (britische Zone) eingereiht. Eine Verurteilung zu einer Geldbuße, einem Berufsverbot oder zu sonstigen Auflagen ist nicht erfolgt.

Nachtragen möchte ich noch, daß ich am 1.5.1933 in die NSDAP und in die Schutzstaffel eingetreten bin. Funktionen habe ich weder in der Partei noch in der Schutzstaffel inne gehabt.

(40)
19

Bezüglich meiner früheren Diensttätigkeit beim RSHA VI ist zu sagen, daß dies eine reine auslandsnachrichtendienstliche Tätigkeit war, die sich nur auf die Beschaffung von Nachrichten aus dem Ausland bezog. Außer meiner Tätigkeit am Sitz des Amtes in Berlin machte ich Dienstreisen nach Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Bulgarien und im Gebiet der damaligen Ostmark (Österreich). In das GG Polen bin ich nicht gekommen. Ein Stadtmedizinalrat von Warschau namens Dr. Wilhelm H a g e n ist mir nicht bekannt.

Abschließend erkläre ich nochmals, daß es sich hier nur um eine Personenverwechslung handeln kann und ich alles versuchen werde, zur Aufklärung dieses Irrtums beizutragen.

Hinsichtlich meiner Angaben zur Person darf ich noch auf die Untersuchungsunterlagen der CIC Oberursel hinweisen, aus denen eindeutig hervorgehen dürfte, daß ich mit Maßnahmen zur sogenannten Endlösung der Judenfrage nichts zu tun hatte.

Mehr habe ich zur Sache nicht zu sagen.

M.H.
.....gelesen, genehmigt und unterschrieben:
T. H. Nieland
.....

Geschlossen:

<i>Börner</i>	<i>Nieland</i>
(Börner)	(Nieland)
Kriminalmeister	Kriminalmeister

Amtsgericht , Abt. 43

209



Bonn, den 22. Februar 1962

Geschäftsnummer:

43 AR 244/62 Z

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat E. Zimmermann
als Richter,
Justizangestellter Höckling
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

22. Mrz. 1962 (Ort und Tag)
M. Strafsache

KK angelegt
15/3.72
48

gegen Lothar Weirauch
wegen Kriegsverbrechens

V.

1. ~~Annahmeer suchen ist erteilt.~~
2. Dem Gefängnis in ist eine Abschrift des Haftbefehls zu erteilen.
3. Nachricht an Angehörige - Vertrauensperson - wie üblich.
4. Zur Haftkontrolle.
Haftprüfungstermin wird bestimmt auf den ... Uhr.
Die Akten sind zur Vorbereitung des Haftprüfungstermins spätestens wieder vorzulegen am ...
5. ~~Nachricht vom Termin dem/der Beschuldigten.~~
6. Urschriftlich mit Akten dem Herrn ^{General} Oberstaatsanwalt in bei dem Landgericht ~~mit der Bitte um rechtzeitige Rücksendung der Akten gemäß Ziffer 4 übersandt.~~
in Berlin ergebenst zurückgereicht.

Auf Ladung - ~~Vorgeführt~~ - erschien der/die Beschuldigte.

Es wurde ihm/ihr eröffnet, welche strafbare Handlung ihm/ihr zur Last gelegt wird.

Die Verfügung vom ... durch welche die Voruntersuchung eröffnet - und Haftbefehl erlassen - Haftdauer angeordnet - ist, wurde ihm/ihr bekanntgemacht.

Über das Recht zur Beschwerde - oder zur Stellung eines Antrages auf mündliche Verhandlung - wurde er/sie belehrt.

Der/Die Beschuldigte wurde darauf hingewiesen, daß ihm/ihr auf Verlangen eine Abschrift des Haftbefehls erteilt wird.

Zum Zwecke der Benachrichtigung von seiner/ihrer Verhaftung gab der / die Beschuldigte nachstehende Anschrift an:

Bonn , den 22. Februar 1962

Amtsgericht , Abt. 43

(Zimmermann)
Amtsgerichtsrat

Die Befragung über die persönlichen Verhältnisse ergab folgendes:

Familienname sowie etwaige Beinamen (bei Frauen auch Geburtsname):

W e i r a u c h

Vornamen (Rufname unterstreichen):

Lothar

2
Letzter Wohnort, Gemeinde, Straße, Platz Nr.:

Bonn-Ippendorf, Höhenweg 75

Geboren am:

25. November 1908

in:

Laurahütte/Schlesien

Kreis:

Landgerichtsbezirk:

Land:

Stand, Beruf, Erwerbszweig und Arbeits- oder Dienst(Militär)-Verhältnis:

21
Ministerialdirigent im Bundesverteidigungsministerium

(Die Art des Hauptberufs, der Haupteinwerbstätigkeit oder Hauptbeschäftigung oder der Haupteinkommens- oder Hauptnahrungsquelle ist genau anzugeben; sofern durch die Angabe des Arbeits- oder Dienstverhältnisses im Beruf nicht schon bezeichnet wird, unter Hinzufügung dieses Verhältnisses, ob nämlich Inhaber, Handwerksmeister, Geschäftsleiter oder Gehilfe, Geselle, Lehrling, Fabrikarbeiter, Handlungsgehilfe, Verkäuferin usw.)

Vermögens- und Einkommensverhältnisse:

Familienstand:

verheiratet

Vor- und Zuname sowie Stand des Ehegatten:

Ruth geb. Lupp, Bonn-Ippendorf Höhenweg 75

Zahl und Alter der Kinder:

1; 18 Jahre alt

Vorname, Zuname, Beruf und Wohnung des Vaters:

Alfred Weirauch, verstorben

Vorname, Zuname (Geburtsname), Beruf und Wohnung der Mutter:

Elfriede geb. Gruchka, lebt im Harz in einem Altersheim

Vorname, Zuname, Beruf und Wohnort des Vormundes / Pflegers:

Bezeichnung des Amtsgerichts, bei dem die Vormundschaft/Pflegschaft geführt wird:

Staatsangehörigkeit (bei Staatenlosen Heimatstaat):

Deutscher

211

Auszeichnungen (Nr. 30 der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra) vom 15. 1. 1958):

90
22

Empfängt der/die Beschuldigte Versorgungsbezüge (vgl. Nr. 17 MiStra)?

Welche Kasse zahlt die Versorgungsbezüge?

Von dem/der Beschuldigten geführte Vormundschaften und Pflegschaften:

Ist der/die Beschuldigte für das laufende oder das nächste Geschäftsjahr als Schöffe, Geschworener oder ehrenamtlicher Beisitzer eines Gerichts gewählt oder ausgelost worden (vgl. Nr. 16 MiStra)?

Für welches Gericht?

Besitzt der/die Beschuldigte

- a) die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen?
- b) einen Wandergewerbeschein?
- c) eine Reisendenlegitimationskarte gemäß § 44 a der Gewerbeordnung?
- d) einen geltenden Jagd- oder Fischereischein?
- e) einen Waffenschein?
- f) eine Berechtigung im Sinne von Nr. 40 MiStra?

Zu a) bis f): Ausstellende Behörde, Datum der Ausstellung und Nummer des Ausweises:

Vorstrafen:
keine

Der Gegenstand der Untersuchung ist mir bekannt.

Die Niederschrift der Besprechung im Reichssicherheitshauptamt vom 27. Oktober 1942 ist mit mir erörtert worden. Es trifft zu, daß ich an dieser Besprechung als Vertreter der Regierung des damaligen Generalgouvernements teilgenommen habe. Zu dieser Teilnahme kam³⁾ dadurch, daß der ursprünglich vorgesehene Vertreter der Regierung verhindert war. Aus diesem Anlass ließ der damalige Staatssekretär Dr. Bühler vom^{Amt} des Generalgouverneurs als Oberster Verwaltungschef des Generalgouvernements^{mich} einige Tage vor dem 27. Oktober 1942 zu sich kommen und sagte mir, in Berlin finde an dem fraglichen Tage eine streng geheime Sitzung über Judenfragen statt. Er gab mir den Auftrag, an dieser Sitzung teilzunehmen, und bemerkte dazu, daß der ursprünglich von ihm bestimmte Vertreter der Regierung verhindert sei. Auf meine Frage, welche Aufgabe ich dort habe, sagte er mir, ich solle nur zuhören, mich jeder Stellungnahme enthalten und nur ihm persönlich berichten. Auftragsgemäß nahm ich dann an der Besprechung vom 27. Oktober 1942 im Reichssicherheitshauptamt in Berlin teil. Was dort im einzelnen besprochen worden ist, weiß ich nicht mehr. Insbesondere ist mir auch nicht mehr in Erinnerung, daß damals über das Thema gesprochen worden ist, das ausweislich der Akten Gegenstand der Besprechung vom 27. Oktober 1942 war. Ich führe meine mangelnde Erinnerung u.a. darauf zurück, daß ausweislich der Akten lediglich über ein Thema gesprochen worden ist, das ausschliesslich das Reichsgebiet betraf und mich als Vertreter des Generalgouvernements daher nicht interessierte. Ich halte es aber auch für möglich, daß ich während des aus den Akten ersichtlichen Teils der Besprechung aus irgendwelchen Gründen den Besprechungsraum verlassen habe. Ich weiß mich allerdings noch ganz genau daran zu erinnern, daß gleich zu Beginn der Besprechung vom 27. Oktober 1942 dem mir bis dahin vollkommen unbekanntem Obersturmbannführer Eichmann das Wort erteilt wurde. Dieser referierte dann ganz nüchtern über die bisher gegen die Juden getroffenen Maßnahmen und stellte dabei, soweit ich mich

erinnere, u.a. fest, daß inzwischen bereits insgesamt etwa 1,2 Millionen Juden liquidiert worden seien. Aus seinen weiteren Ausführungen, über die ich im einzelnen keine Angaben machen kann, entnahm ich erstmalig und eindeutig, daß die Absicht bestand, sämtliche Juden innerhalb des damaligen Deutschen Herrschaftsbereiches zu liquidieren. Ich war über diese Ausführungen verständlicherweise derart erschüttert, daß mich der weitere Verlauf der Besprechung nicht mehr interessierte. Nach meiner Rückkehr nach Krakau erstattete ich dem damaligen Staatssekretär Dr. Bühler weisungsgemäß hierüber Bericht. Er war - diese Auffassung hatte ich damals jedenfalls - genau so entsetzt wie ich, als ich ihm die Zahl der nach Mitteilung von Eichmann bereits liquidierten Juden mitteilte. Darüber hinaus äusserte er sich mir gegenüber jedoch nicht über die Judenfrage und über frühere Besprechungen über die Judenfrage. Insbesondere sagte er mir, weder bei dieser Gelegenheit noch bei einer anderen Gelegenheit etwas davon, daß er selbst an der eigentlichen Wannsee-Besprechung vom 20. Januar 1942 teilgenommen hatte. Von dieser eigentlichen Wannseebesprechung war mir damals ebenso wenig etwas bekannt wie von der aus den Akten ersichtlichen Besprechung im Reichssicherheitshauptamt vom 6. März 1942.

Von der eigentlichen Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 habe ich erstmalig nach dem Kriege aus Presseveröffentlichungen Kenntnis genommen. Vorher wusste ich überhaupt nicht, daß eine solche Konferenz stattgefunden hatte. Auch die Besprechung im Reichssicherheitshauptamt vom 6. März 1942 war mir damals unbekannt. Daß diese Besprechung stattgefunden hat, erfahre ich heute erstmalig.

Zu meiner damaligen Stellung im Generalgouvernements und zu den mir dort übertragenen Aufgaben darf ich folgende Angaben machen :

Bis Ende August 1940 war ich als Landesoberverwaltungsrat bei der Schlesischen Provinzialverwaltung in Breslau tätig. Mit Wirkung vom 2. September 1940 wurde ich von dort

92
25

als Landesoberverwaltungsrat zum Amt des Generalgouverneurs in Krakau abgeordnet (siehe Anlage A der von mir überreichten Unterlagen). In Krakau wurde ich zunächst als Fürsorgereferent in der Abteilung "Bevölkerungswesen und Fürsorge" eingesetzt. Etwa 2 Monate später, also etwa Anfang November 1940, wurde ich zum Leiter der Abteilung "Bevölkerungswesen und Fürsorge" ernannt. Aufgabe dieser Abteilung ~~war die Bearbeitung von Volkstumsfragen innerhalb des Generalgouvernements sowie die fürsorgerische Betreuung aller im Generalgouvernements lebenden Volksgruppen.~~ Im Rahmen dieser Aufgabe hatte ich u.a. ständigen Kontakt mit dem polnischen Hauptausschuss, dem ukrainischen Hauptausschuss und der jüdischen sozialen Selbsthilfe. Diese Hilfsorganisationen unterstanden meiner Dienstaufsicht. Ich sah damals meine vornehmste Aufgabe darin, diesen Hilfsorganisationen auch meinerseits behilflich zu sein und sie möglichst weitgehend dem Zugriff der Sicherheitspolizei zu entziehen. In diesem Zusammenhang ^{habe} ich wiederholt Terrormaßnahmen der Sicherheitspolizei torpediert bzw., wenn dies nicht möglich war, zumindest eine Abschwächung solcher Maßnahmen zu Gunsten der betroffenen Volksgruppen, darunter auch der jüdischen Bevölkerung, erreicht. Meine Tätigkeit als Leiter der genannten Abteilung brachte es u.a. auch mit sich, daß ich sehr häufig mit dem damaligen Vorsitzenden der jüdischen sozialen Selbsthilfe (später auf Verlangen der Sicherheitspolizei umbenannt in "Jüdische Unterstützungsstelle"), Herrn Dr. Michal Weichert zusammenkam. Mit Herren Dr. Weichert habe ich bis etwa Herbst 1948 korrespondiert. Er hat mir oft seine Dankbarkeit für mein damaliges Eintreten bekundet. Als Beweis überreiche ich zu den Akten : Ein Schreiben des Herrn Dr. Weichert an mich vom 1. Oktober 1946 (Anlage B), einen Auszug aus einer polnischen Kriegsverbrecherakte vom 27. April 1948 (Anlage C), ein Schreiben des Herrn Dr. Weichert an mich vom 8. August 1948 mit 2 Anlagen (Anlage D), ein Schreiben Seiner Eminenz, des Kardinals Fürst Sapieha vom 10. Mai 1946 sowie ein Schreiben des ehemaligen Präsidenten des polnischen Hauptausschusses ebenfalls vom 10. Mai 1946, beide gerichtet an mich (Anlage E) und die aus ~~insgesamt sechs~~ insgesamt sechs ~~Blatt~~ bestehende Satzung und Geschäftsordnung der "Jüdischen Sozialen

X

93
20

Selbsthilfe" (Anlage F).

Im einzelnen möchte ich über meine Zusammenarbeit mit der jüdischen Volksgruppe im Generalgouvernements noch folgende Ausführungen machen :

Nach Beginn der Liquidation der Juden in Polen wurden die Untergliederungen der jüdischen Unterstützungsstelle (vorher jüdische soziale Selbsthilfe genannt) in verschiedenen Orten des Generalgouvernements durch die SS und Polizeidienststellen in ihrer Arbeit behindert. In ^{vielen} ~~m~~ä^{chen} Orten hatte die Sicherheitspolizei überhaupt die Einstellung der Tätigkeit der jüdischen Unterstützungsstellen verlangt. Damit wurde zugleich die Weitergabe der über das Internationale Rote Kreuz oder über das Schwedische Rote Kreuz hereinkommenden Liebesgaben (vorwiegend Medikamente und hochwertige Lebensmittel) unterbunden. Da die jüdische Unterstützungsstelle der von mir geleiteten Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge unterstand, hatte ich am 20.10.1942 in einem Erlass an die Gouverneure der Distrikte angeordnet, dass die ungestörte Weiterarbeit der jüdischen Fürsorgeeinrichtungen sicherzustellen sei. Gegen diesen Erlaß hat nun der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Einspruch eingelegt und mich damals ~~in Bezug auf den erwähnten Rücktritt~~ darüber unterrichtet, dass durch Führerbefehl die Zuständigkeit in allen Jädenfragen auf den Reichsführer SS übergegangen sei. Daher habe die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge jede weitere Fürsorge-
maßnahme für die Jäden im Generalgouvernement zu unterlassen. Gleichzeitig wurde ich aufgefordert, die Verbindung mit dem Internationalen Roten Kreuz und dem Schwedischen Roten Kreuz einzustellen, soweit es sich um Liebesgaben für Juden handele. Die weitere Entgegennahme dieser Liebesgaben sei vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD verboten. Ich habe mich, da längere Verhandlungen mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD zu keinem anderen Ergebnis führten, unter Umgehung des Dienstweges (allerdings mit stillschweigender Billigung meiner Dienstvorgesetzten) unmittelbar an Himmler persönlich gewandt und um seine Genehmigung nachgesucht, dass

- 1.) die jüdische Unterstützungsstelle weiterhin der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge und nicht dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD unterstellt

216

V.

10/11
✓

Gegen den Beschuldigten Weirauch

Das Verfahren wird aus den Gründen zu 2) eingestellt.

2) zu schreiben an: Anz. Thomas Christoph Harlan, Berlin-Schmargendorf, Ruhlaer Str. 12 b. Körber (*Ne, Uen*) (*8x*) (einschl. Leseschr.):

Auf Ihre an den Herrn Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht Frankfurt/Main gerichtete Sammelanzeige vom 4.6.1960 gegen 263 Beschuldigte wegen Verdachts von Kriegsverbrechen; hier nur gegen W e i r a u c h (Fall 238):

Der Herr Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgericht Frankfurt/Main hat das Verfahren an mich abgegeben.

Der Beschuldigte ist ermittelt worden. Er räumt ein, bei der am 27. Oktober 1942 im "Eichsicherheitshauptamt" in Berlin geführten Besprechung über die "Auflösung der Judenfrage" anwesend gewesen zu sein, ^{er} bestreitet jedoch, sich an dieser Besprechung in irgendeiner Weise aktiv beteiligt zu haben. ^{er gibt an:} Er sei wenige Tage vor dem 27. Oktober 1942 durch den damaligen Staatssekretär Dr. Bühler vom Amt des Generalgouverneurs zur Teilnahme an dieser Sitzung bestimmt worden, da der ursprünglich vorgesehene Vertreter der Regierung des damaligen Generalgouvernements verhindert gewesen sei. Ihm sei dabei der Auftrag erteilt worden, nur zuzuhören und sich jeder Stellungnahme zu enthalten. Dieser Weisung ^{zu er nachgekommen} gemäß habe er sich verhalten. Gleich zu Beginn der Besprechung habe der ihm bis dahin unbekannte Obersturmbannführer Eichmann über die bisher gegen die Juden getroffenen Massnahmen referiert und festgestellt, dass inzwischen bereits insgesamt etwa 1,2 Millionen Juden "liquidiert" worden seien. Über diese Ausführungen sei er (der Beschuldigte) derart erschüttert gewesen, dass ihn der weitere Verlauf der Besprechung nicht mehr interessiert habe. Nach seiner Rückkehr nach Krakau habe er dem damaligen Staatssekretär Dr. Bühler weisungsgemäß Bericht erstattet.

Diese Einlassungen sind dem Beschuldigten ^{*berichten nicht*} nicht zu wider-

^{Wird} legen. Sie stehen im Einklang mit den Angaben der ü**29**
bisher vernommenen Teilnehmer an der Konferenz
vom 27. Oktober 1942, ^{dieser Angaben Quelle} wonach es sich ~~weniger um eine~~
^{an der Konferenz vom 27. Oktober 1942 betriebl.} ~~Besprechung~~ ^{gerichtet} gehandelt hat, als vielmehr um eine
Zusammenkunft, bei der lediglich Vertreter des
Reichssicherheitshauptamtes über die sog. Endlö-
sung der Judenfrage referiert haben.

Bei dieser Sachlage kann dem Beschuldigten nicht
nachgewiesen werden, dass er sich allein durch die
Teilnahme an der ^{Konferenz} Besprechung vom 27. Oktober 1942
in Berlin noch nicht verjährter strafbarer Handlun-
gen schuldig gemacht hat.

Ich habe daher das Verfahren insoweit eingestellt.

^{in Tätigkeit} Soweit ~~der Verdacht besteht~~, dass der Beschuldigte
~~in seinem Tätigkeitsbereich als Leiter der Abtei-~~
~~lung "Bevölkerungswesen und Fürsorge" bei der dama-~~
~~ligen Regierung des Generalgouvernements an Vernich-~~
~~tungsaktionen im Generalgouvernement mitgewirkt hat,~~
^{ist festgestellt} habe ich ein besonderes ~~Verfahrens~~ eingeleitet, das
ich ~~zuständigkeitshalber an den Herrn Leitenden~~
~~Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Dortmund ab-~~
~~geben werde.~~

- 3) keine Rechtsmittelbelehrung - Aus. nicht festgelegt
✓ 3) zu schreiben an den Besch. Weirauch (Bl. 89 d.A.)
- 1 Leseschr.:

Das gegen Sie wegen der Teilnahme an der am 27. Ok-
tober 1942 im Reichssicherheitshauptamt in Berlin
geführten Besprechung zur Endlösung der Judenfrage
eingeleitete Ermittlungsverfahren habe ich einge-
stellt.

4) Ggz.

- ✓ 5) begl. Abschrift des Schreibens zu 2) übersenden an
Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen (Bl. 50
d.A.) zu 10 AR 1434/61

- ✓ 6) begl. Abschrift des Schreibens zu 2) z.d.A.
3 P (K) Js 23/62 ^{u. 3 P (K) AR 32/61} nehmen.

7) wt. Vfg. bes. i. d. HA

12-2) Schrift. 8 x 1/4, 1 x ab. 1/4. Ks.
4) Schrift. 2 x 1/4, 1 x ab.
6) Schrift. ab.
19. IV 62 W

10. APR. 1962

16. 4. 62

-9. April 1962

V.
1) Vff. vom 16.2.65 zu 2) anführen

2) Vermerk:

Die bisherigen Ermittlungen haben über die
Tätigkeit der Hoffmann Peter Heirrich
im NSKK keine belastenden Erkenntnisse
ergeben. Mit Nachricht auf seine Vernehmung
vom 25.3.61 wird von einer weiteren
täglichen pol. Vernehmung abgesehen.

3) Als HA-Sache weglegen.

26. FEB 1965
G

1 AR (RSHA) 303 / 65

Vfg.



1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

der
Zentralen Stelle
der Landesjustizverwaltungen
z. Hdn. v. Herrn
Ersten Staatsanwalt W i n t e r

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Str. 58

unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom
12. Oktober 1964 - 10 AR 1310/63 (jetzt VI 415/AR
1310/63) - zur gefälligen Kenntnissnahme und Rück-
gabe nach Auswertung übersandt.

Berlin 21, den 21. FEB. 1972
Turmstr. 91

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

W. Winter
Oberstaatsanwalt

2. 2 Monate

1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Turmstr. 91

nach Auswertung der Akten zurückgesandt.

Ludwigsburg, den 21.3.72

2. Hier austragen.

Brosz. STA